

STREIT

10

Spitzel in die AfD?

Der Verfassungsschutz will die Partei beobachten. Darüber streiten zwei Politiker, die im Bundestag die Geheimdienste kontrollieren: Die Zeit dafür sei reif, sagt Patrick Sensburg, CDU. Nein, erwidert der Linke André Hahn: Das bringe der AfD nur eine Märtyrerrolle

André Hahn, 57, seit 2013 im Bundestag, ist in der Linken-Fraktion Sprecher für Geheimdienstkontrolle



»Wir brauchen weder V-Leute noch Abhörmaßnahmen«

DIE ZEIT: Herr Sensburg, der Verfassungsschutz hat das getan, was Sie als CDU-Abgeordneter seit Langem fordern: Er hat die gesamte AfD als »Verdachtsfall« auf Rechtsextremismus eingestuft. Damit können ihre Mitglieder abgehört, ihre Mails überwacht und Spitzel eingesetzt werden. Das Verwaltungsgericht Köln hat dies in einem Eilverfahren jetzt zunächst verboten. Halten Sie die Beobachtung durch den Verfassungsschutz trotzdem für das richtige Mittel im politischen Kampf gegen die AfD?

Patrick Sensburg: Ja. Bisher war die AfD nur ein Prüffall, der Verfassungsschutz durfte also nur öffentliche Quellen wie Zeitungsartikel, das Internet oder Parteipublikationen nutzen. Weil die Partei immer mehr ins extremistische Lager abdriftet, ist es längst an der Zeit, sie auch mit weitergehenden Mitteln zu überwachen.

ZEIT: Herr Hahn, wie Herr Sensburg sitzen Sie für die Linke im Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestags, das die Geheimdienste überwacht. Sie halten die AfD für rechtsextrem, ihre Beobachtung aber trotzdem für falsch. Warum?

André Hahn: Mir unterstellt wohl keiner, ich wolle die AfD verteidigen, die unsere politische Kultur vergiftet, Parlamente verächtlich macht und das Sagbare immer weiter nach rechts verschiebt. Aber ich halte eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz gerade in einem Superwahljahr für politisch unklug. Sie bringt die AfD in eine Märtyrerrolle. Außerdem soll das Parlament die Bundesregierung kontrollieren – und nicht die Regierung über den Verfassungsschutz das Parlament. Die AfD ist die größte Oppositionspartei im Bundestag. Wir brauchen weder V-Leute noch Abhörmaßnahmen, um zu wissen, dass die Partei in weiten Teilen extremistisch ist. Dafür gibt es genügend öffentliche Aussagen. Oder sehen Sie das anders, Herr Kollege?

Sensburg: Allerdings. Überspitzt gesagt, kann der Verfassungsschutz bisher nur Zeitung lesen. Wir brauchen aber tiefere Einblicke. Und woher kommt Ihre Angst vor V-Leuten? Journalisten reden doch auch etwa mit Szene-Aussteigern. Das sind wich-

tige Quellen, die helfen, aufzuklären, wie die AfD funktioniert und wie sie vernetzt ist. Ich frage mich zum Beispiel, warum regelmäßig Treffen mit AfD-Leuten in der russischen Botschaft stattfinden.

Hahn: Ich habe keine Angst vor V-Leuten, ich halte sie nur für das völlig falsche Instrument. Das lehrt ein Blick zurück: V-Leute in der NPD haben für ihre Dienste so viel Geld erhalten, dass sie auch Landesverbände der Partei mit aufgebaut haben. Selbst der »Thüringer Heimatschutz«, aus dem der rechtsterroristische NSU hervorging, war von V-Leuten durchgesetzt. Die NSU-Morde hat das nicht verhindert.

Sensburg: V-Leute sind, anders als es klingt, keine verdeckten Ermittler. Es sind in der Regel bezahlte Hinweisgeber. Die brauchen wir unbedingt. Gefährliche Gruppen wie die »Reichsbürger«, die türkisch-nationalistischen »Osmanen« oder »Grauen Wölfe« dürfen wir nicht erst in den Blick nehmen, wenn sie schon groß sind. In Ihren Aussagen, Herr Hahn, schwingt eine Grundskepsis gegenüber dem Verfassungsschutz mit.

Hahn: Mit Recht! Bei uns hat man zeitweise 27 Bundestagsabgeordnete überwacht. Das zeigt doch die ganze Absurdität! Was haben denn die Aktivitäten des Verfassungsschutzes bei Parteien gebracht?

Sensburg: Ohne Verfassungsschutz würden uns entscheidende Einblicke fehlen. So hat man beispielsweise bei Scientology vieles über diese gefährliche Sekte erfahren, etwa über ihre Finanzströme. Bei der AfD wüsste ich auch gern mehr darüber, wo ominöse Spendengelder für Alice Weidel und andere herkommen.

Hahn: Um illegale Spenden kümmern sich Staatsanwaltschaften, die können auch Finanzströme ermitteln. Wir brauchen keinen Inlandsgeheimdienst, erst recht nicht, um ihn gegen Parteien in Stellung zu bringen. Bürger, die ein Abgeordnetenbüro aufsuchen, müssen sich sicher sein, dass sie nicht registriert, gefilmt, gar abgehört werden.

Sensburg: Ich glaube, aus Ihnen spricht die Sorge, dass die Linke – zumal unter Ihrer neuen Führung – selbst in den Blick des Verfassungsschutzes geraten könnte. Da-

bei ist doch egal, ob wir über Parteien, Sekten, Vereine oder andere Akteure sprechen: Sobald sich ein Trend zu Extremismus abzeichnet, muss der Verfassungsschutz seine Arbeit machen können.

Hahn: Nein. Wir Linken schlagen vor, als Alternative eine »Bundesstiftung zur Beobachtung, Erforschung und Aufklärung aller Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefreundschaft« zu gründen.

Sensburg: Einfacher Name!
Hahn: Spotten Sie nur. Es geht schlicht um ein Dokumentationszentrum ohne nachrichtendienstliche Befugnisse.

ZEIT: Herr Sensburg, zwei Jahre lang haben 50 Beamte des Verfassungsschutzes zusammengetragen, was ohnehin jeder Zeitungsleser weiß: In der AfD wird islamfeindlich, antisemitisch und völkisch gedacht. Zum Beispiel werden Deutsche mit Migrationsgeschichte abschätzig als »Passdeutsche« bezeichnet, wozu der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka sagte: »Wenn sich ein Hund einem Wolfsrudel anschließt, ist er dann ein Wolf, oder bleibt er Hund?« Diese 50 Verfassungsschützer, die AfD-Reden auswerten, fehlen eventuell an anderer Stelle, um etwa frühzeitig einen neuen NSU zu erkennen.

Sensburg: Diese Beamten sammeln nicht nur Zitate, sie vernetzen Erkenntnisse und ziehen daraus ihre Schlüsse, etwa über Verbindungen zur gewaltbereiten Szene. Da kommt man mit Reden-Auswerten nicht weiter, sondern muss schauen, wer sich da mit wem trifft. Der Staat darf nicht darauf hoffen, dass andere das für ihn herausfinden, etwa Journalisten. Das Prinzip von Staat ist nicht Hoffnung, der Staat muss Sicherheit gewährleisten. Gerade weil wir einen zweiten NSU nicht übersehen dürfen, müssen wir die Szene mit Mitteln überwachen, die uns die Einstufung der AfD als Verdachtsfall ermöglicht.

Hahn: Sie und ich wissen aus der Arbeit im Kontrollgremium, wie die Dienste ihre Informationen zusammentragen: Vieles ist eher dürftig. Auch deswegen wollen wir den Inlandsgeheimdienst abschaffen. Einige Aufgaben soll die erwähnte Stiftung übernehmen, andere das Bundeskriminalamt. Darüber hinaus gibt es zivilgesellschaftliche Initiativen oder Recherteams, die oft mehr aufdecken als der Verfassungsschutz.

Sensburg: Schön, Herr Kollege, dass Sie so klar zu Ihrem Abschaffungsplan stehen. Ich stelle auch fest, dass Sie dafür die Trennung zwischen Nachrichtendiensten und Polizei aufgeben wollen, die wir nach den Erfahrungen aus der NS-Zeit eingeführt haben.

Hahn: Das ist eine Unterstellung! Wir wollen das Kooperationsverbot nicht aufheben. Wir wollen, um das noch mal klar zu sagen, keine Überwachung von politischen Kontrahenten. Es geht uns darum, dass die Polizei ihre Aufgaben wahrnimmt und dabei im Zweifel auch gestärkt wird. Aber ein Gutes kann die Debatte über die Beobachtung der AfD haben: Richter, Staatsanwälte oder Soldaten, die in der AfD aktiv sind, werden dieses Engagement vielleicht überdenken.

Sensburg: Sehen Sie, das ist zum Beispiel ein wichtiger Punkt. Bisher kommt, wenn es um Beamte geht, oft das Argument: Diese Partei sitzt doch sogar im Bundestag, da können wir ihre Mitglieder doch nicht diskriminieren. Oder wenn die Führungsriege eines Sportvereins aus AfDlern besteht: Sollte dieser Verein dann noch Fördergelder bekommen? Auch deswegen wüsste ich gerne, wie extremistisch die AfD wirklich ist, und zwar mit Brief und Siegel von einer unabhängigen staatlichen Institution.

Hahn: Der Verfassungsschutz ist nicht unabhängig! Die Regierung setzt seine Chefs ein und hat bei Beobachtungsfällen das letzte Wort. Ich räume ein: Anders als sein Vorgänger Maaßen, der die schützende Hand über die AfD gehalten hat, kümmert sich der aktuelle Präsident Thomas Haldenwang mehr um rechtsextreme Umtriebe, etwa bei Bundeswehr und Polizei.

ZEIT: Hängt der Eifer, mit dem auf die AfD geschaut wird, davon ab, wer gerade Präsident ist?

Sensburg: Nicht nur vom Präsidenten, sondern auch vom Zeitpunkt des Handelns, von Erkenntnissen und Rahmenbedingungen. Ich selbst habe schon zur Zeit von Hans-Georg Maaßen gefordert, die AfD stärker zu überwachen.

Hahn: Ich finde, wir müssen auch die Wahlergebnisse der AfD zur Kenntnis nehmen. Viele Anhänger würden sich von einer Beobachtung in ihrer Systemskepsis eher bestätigt fühlen. Einige AfD-Kreisräte in meiner Region waren früher bei der CDU oder gar bei der SPD. Die haben dort keine politische Heimat mehr gesehen. Damit müssen wir uns politisch auseinandersetzen – und nicht über den Verfassungsschutz.

Sensburg: Die hohen AfD-Wahlergebnisse finden wir beide erschreckend. Aber wissen Sie, die NSDAP hatte 1932 auch erhebliche Stimmenzuwächse. Ich wäre froh, hätte es damals einen Verfassungsschutz gegeben, der die NSDAP entlarvt hätte. Wenn es eine sehr kluge Entscheidung war, nach 1945 einen Verfassungsschutz zu gründen, dann muss man ihn angesichts der Entwicklungen der AfD jetzt auch nutzen. Was, bitte, muss denn noch kommen?

ZEIT: Die AfD wehrt sich ja deswegen so gegen die Beobachtung, weil sie das Stigma fürchtet. Würde nicht vor allem die Union davon profitieren, wenn Wähler von der AfD abgeschreckt würden?

Sensburg: Eben hieß es noch, dass alles über den Extremismus der Partei schon in der Zeitung stünde; jetzt ist plötzlich von Stigmatisierung die Rede. Ich glaube, die Wahrheit liegt in der Mitte. Aber was ich in der Tat kritisch sehe, ist, dass die Überwachung der AfD bekannt geworden ist. Das war ja bisher die einzige Kritik des Verwaltungsgerichts Köln.

Hahn: Offenbar gab es ein Leck im Verfassungsschutz. So etwas könnte der AfD im Wahlkampf in die Hände spielen.

Sensburg: Es ist doch überhaupt nicht gesagt, dass das Leck beim Verfassungsschutz war. Ich bin übrigens ein großer Freund davon, dass Nachrichtendienste verdeckt arbeiten, das ist schließlich ihr Sinn. Und ich würde mir wünschen, dass wir auch stärker über die Erfolge des Verfassungsschutzes sprechen. Er hat in den letzten Jahren verschiedenste Attentate verhindert.

Hahn: Das ist gut, völlig klar. Aber mehr als 200 rechtsextremistische Morddaten

seit 1990 sind eben nicht von dieser Behörde verhindert worden.

ZEIT: Herr Sensburg, Bodo Ramelow, heute Thüringer Ministerpräsident, wurde lange vom Verfassungsschutz beobachtet. Hatte der den Falschen im Visier, oder regiert heute ein Verfassungsfeind Thüringen?

Sensburg: Ich kann das nicht beurteilen. Ich kenne nicht alle Reden von Herrn Ramelow. Ich hoffe, dass er gute Arbeit für sein Land macht und dass bei ihm nichts Extremistisches schlummert. Vielleicht gab es früher einmal Anlässe für die Beobachtung, die es heute nicht mehr gibt. Ich finde es gut, dass der Verfassungsschutz früh hinschaut und dann gegebenenfalls auch sagt: Es hat sich erledigt. Oder eben wie jetzt bei der AfD entscheidet: Das müssen wir noch intensiver angucken.

Hahn: Die Beobachtung von Bodo Ramelow war von Anfang an völlig abwegig. Er war früher Gewerkschafter und dann ein herausragender Politiker der Linken, den man unter Druck setzen wollte durch die Beobachtung. Das ist genau die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes, die wir ablehnen. Herr Ramelow musste erst dagegen klagen, damit das aufhörte.

ZEIT: Wird eine Beobachtung die AfD eher zähmen oder eher radikalisieren?

Sensburg: Das Signal einer Demokratie, die sich wehrt, wäre gut, um die AfD zurückzudrängen und zu zähmen. Die Partei kann dann nicht mehr, wie bisher, von »Einzelfällen« reden, die man ermahnen oder ausschließen will, was sie dann doch nicht konsequent tut.

Hahn: Im Osten hat sich fast überall Björn Höckes »Flügel«, den es angeblich nicht mehr gibt, bei der Aufstellung von Landtags- und Bundestagskandidaten durchgesetzt. Deshalb wird sich die Partei weiter radikalisieren, mit oder ohne Überwachung. Da will ich den Extremisten nicht auch noch die Gelegenheit geben, sich als verfolgte Unschuld darzustellen.

Das Gespräch moderierten
Jochen Bittner und Stefan Schirmer



Patrick Sensburg, 49, für die CDU seit 2009 im Bundestag, konkurriert aktuell mit Friedrich Merz um sein Mandat

Fotos: Gene Glover für DIE ZEIT

»Der Verfassungsschutz kann bisher nur Zeitung lesen«